

Oskar Niedermayer · Richard Stöss  
Melanie Haas (Hrsg.)

# Die Parteien- systeme Westeuropas



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

1. Auflage Juli 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.  
[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg  
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel  
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier  
Printed in the Netherlands

ISBN-10 3-531-14111-2

ISBN-13 978-3-531-14111-4

|   |     |
|---|-----|
| <i>André Freire</i>   |     |
| The Party System of Portugal .....                                  | 373 |
| <i>Andreas Ladner</i>   |     |
| Das Parteiensystem der Schweiz.....                                 | 397 |
| <i>Melanie Haas</i>   |     |
| Das Parteiensystem Spaniens.....                                    | 421 |
| <br>  |     |
| <b>International vergleichende Studien</b>                          |     |
| <i>Torsten Oppeland</i>   |     |
| Das Parteiensystem der Europäischen Union .....                     | 455 |
| <i>Thomas Saalfeld</i>  |     |
| Parteiensystem und Kabinettsstabilität in Westeuropa 1945-1999..... | 477 |
| <i>Hiltrud Naßmacher</i>  |     |
| Parteiensysteme und Parteienfinanzierung in Westeuropa .....        | 507 |
| <i>Richard Stöss</i>  |     |
| Rechtsextreme Parteien in Westeuropa.....                           | 521 |
| <br>  |     |
| Abkürzungsverzeichnis der Parteien und Organisationen .....         | 565 |
| Die AutorInnen.....   | 577 |

# Das Parteiensystem der Schweiz

Andreas Ladner

## 1. Einleitung

Den Schweizer Parteien wird in der Regel eine schwache Stellung in Staat und Gesellschaft zugeschrieben<sup>1</sup>. Belegt werden kann dies nicht nur durch die lange Zeit fehlende Anerkennung der Parteien in der Verfassung<sup>2</sup>, sondern vor allem durch deren Rolle im politischen Entscheidungsprozess, in dem sie, wie etwa im Vernehmlassungsverfahren<sup>3</sup>, mit den Interessenverbänden einer starken Konkurrenz ausgesetzt sind (Neidhart 1986). Weitere Indizien für die Schwäche der Parteien finden sich auf der Ebene ihrer Organisationen. Diese sind klein, verfügen über einen wenig professionalisierten Parteiapparat und – da die Schweiz keine staatliche Parteienfinanzierung kennt – beschränkte finanzielle Ressourcen. Hinzu kommen eine schwache Zentralisierung und eine geringe parteiinterne Homogenität.

Ursächlich für die schwache Stellung der Parteien sind eine Reihe von charakteristischen Eigenheiten der Schweiz und ihres politischen Systems: Die *soziale und kulturelle Heterogenität*, das Zusammenfallen von vier Sprachgruppen und zwei Konfessionen sowie durch den Lebensraum bedingte Unterschiede stellen die Parteien vor große Integrationsaufgaben. Die *Kleinheit des Landes* schmälert das Rekrutierungspotential und fördert das bereits in der politischen Kultur verankerte *Milizsystem* als Organisationsprinzip. Wenn auch durch die Rollenverbindungen der gesellschaftlichen und politischen Subsysteme Vorteile entstehen (Neidhart 1986: 42), wird ein großer Teil der politischen Arbeit von „Feierabendpolitikern“ verrichtet und bleibt daher über weite Strecken unprofessionell. Die Parteien ihrerseits können ihren Mitgliedern nur zu unbezahlten Milizämtern verhelfen, so dass Ämterpatronage ihnen nur in beschränktem Maße Attraktivität verschafft.

Auch der ausgeprägte *Föderalismus* und die *Gemeindeautonomie* erschweren die Herausbildung starker und zentralisierter Parteiorganisationen auf nationaler Ebene. Der Aufbau der Parteien passt sich dem kleinräumigen politischen System, insbesondere den Wahlkreisen an. Entsprechend finden sich Quartier- und Kreisparteien, eine oder mehrere Gemeinden umfassende Lokalparteien, Bezirksparteien, Kantonalparteien und nationale Parteien. Das Resultat ist eine große Komplexität auf kleinem Raum. Zur Jahrtausendwende

---

1 Vgl. z.B. Rhinow 1986: 105, Longchamp 1994: 25, Rickenbacher 1995: 13, Ladner 1999a.

2 *Rechtlich* sind die Schweizer Parteien als Vereine organisiert. Das Zivilgesetzbuch (ZGB) umschreibt in den Artikeln 60-79 die Rahmenbedingungen. Zweck, Mittel und Organisation sind in den Statuten geregelt. Es gibt in der Schweiz kein Parteiengesetz und bis vor noch nicht allzu langer Zeit waren die Parteien – im Gegensatz zu den Wirtschaftsverbänden – nicht einmal in der Bundesverfassung erwähnt. Erst in der revidierten Verfassung vom 18.04.1999 wird in Artikel 137 auf die wichtige Rolle der Parteien im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess hingewiesen und damit ihre staatspolitische Bedeutung formal anerkannt.

3 Vorparlamentarisches Verfahren, bei dem die interessierten Kreise (Verbände, Parteien, Kantone) die Gelegenheit haben, zu einer Vorlage schriftlich Stellung zu nehmen. Dies hat vor allem den Zweck, die Gefahr eines späteren Referendums zu verringern.

beliebte sich das Parteienangebot für die rund 4,7 Millionen Stimmberechtigten auf 14 national aktive Parteien, rund 180 Kantonalparteien und etwa 5 000 Lokalparteien.

Im Vergleich zu den nationalen Parteien besitzen die Kantonalparteien einen größeren Stellenwert innerhalb des politischen Systems der Schweiz (Fagagnini 1978, Hug 1994: 86, Neidhart 1986: 41, Seiler 1987: 119). Noch heute finden sich je nach Kanton die Parteien in unterschiedliche Parteiensysteme und Kräftekonstellationen eingebunden (Ladner 2003). Darüber hinaus sind sie nicht in allen Kantonen in denselben Segmenten der Bevölkerung verankert. Häufig ist man deshalb versucht, nicht von einem, sondern von 26 verschiedenen Parteiensystemen der Schweiz zu sprechen. Die nationalen Parteien sehen sich mit einem enormen Koordinationsaufwand konfrontiert und haben nicht selten Schwierigkeiten, alle Kantonalparteien auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen. Der dezentralisierte Parteaufbau erhöht allerdings auch die Flexibilität im Umgang mit lokalen und regionalen Gegebenheiten (Kriesi 1986: 337) und ermöglicht breitere Identifikationsmöglichkeiten. Je nach Bedarf können sich die Parteimitglieder stärker mit der nationalen Partei oder mit ihrer allenfalls abweichenden Kantonalpartei identifizieren.

Das Schweizer System der *direkten Demokratie* hat ursprünglich zur frühen Herausbildung der politischen Parteien beigetragen (Gruner 1977: 25ff.). Heute, so die Lehrmeinung, schwächt es aber deren Stellung (Gruner 1984: 150), da finanzkräftige Interessenverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen die Parteien in Abstimmungskämpfen überflügeln. Daneben ist die Bedeutung der Wahlen relativ gering, weil für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger immer noch die Möglichkeit besteht, missliebige Entscheide der Parteien an der Urne zu korrigieren. Neuere Studien zeigen aber auch, dass in den Kantonen, in denen es häufig zu Initiativen und fakultativen Referenden kommt, die Parteien eher besser organisiert sind als in anderen (Ladner/Brändle 1999). Die Parteien werden durch eine größere Zahl direktdemokratischer Vorlagen veranlasst, sich kontinuierlich politisch zu betätigen, was sich in einer professionelleren Organisationsstruktur niederschlagen kann. Die Parteien selbst greifen allerdings nur dort zu den Instrumenten der direkten Demokratie, wo sie über genügend organisatorische Ressourcen verfügen und sich Erfolge versprechen können.

Das *Konkordanzsystem* mit seinen Zauberformeln sorgt für Stabilität und gewährt den Parteien eine hohe Erwartungssicherheit, es verführt sie aber auch zu einer elektoralen Bescheidenheit. Häufig sind die Regierungen, wie beispielsweise der Bundesrat (nationale Regierung) für den Zeitraum zwischen 1959 und 2003, nach einem gleichbleibenden Parteienproporz zusammengesetzt. Damit einher geht eine gewisse Kartellbildung unter den Regierungsparteien und Wettbewerbselemente treten in den Hintergrund. Davon profitieren vor allem die großen Parteien, während den Kleinen der Zugang zu Exekutivmandaten verwehrt bleibt. Das mit dem Konkordanzsystem verbundene *Kollegialitätsprinzip*, wonach die Regierungsvertreter der verschiedenen Parteien die wichtigen Entscheidungen gemeinsam zu fällen und nach außen zu vertreten haben, erschwert den einzelnen Parteien zudem eine klare politische Profilierung.

2003 ist als Folge der massiven Stimmengewinne der SVP der Bundesrat neu zusammengesetzt: jeweils zwei Vertreter für FDP, SVP, SP sowie einer für die CVP.

Ereignisse wie die wirtschaftliche Wachstumsphase in der Nachkriegszeit, der Kalte Krieg, die 68er-Bewegung, die Rezession in den siebziger Jahren, das Aufkommen der Umweltproblematik, der Fall der Berliner Mauer, die Europafrage, die Globalisierung und die Wirtschaftskrise in den neunziger Jahren schienen lange Zeit am Schweizer Parteiensystem vorüber zu gehen, ohne große Spuren zu hinterlassen. Die Wähleranteile der vier größten Parteien haben sich zwischen 1919 und 1995, und noch ausgeprägter zwischen 1945 und 1995 nicht wesentlich verändert (vgl. Abbildung 1). Erst Mitte der neunziger Jahre haben für schweizerische Verhältnisse unübliche Wählerwanderungen eingesetzt. Dennoch lässt sich mit Blick auf die Dynamik des Parteienwettbewerbs und die kleineren Wählerstimmenschiebungen die Entwicklung des nationalen Parteiensystems seit dem Zweiten Weltkrieg in fünf Phasen unterteilen:

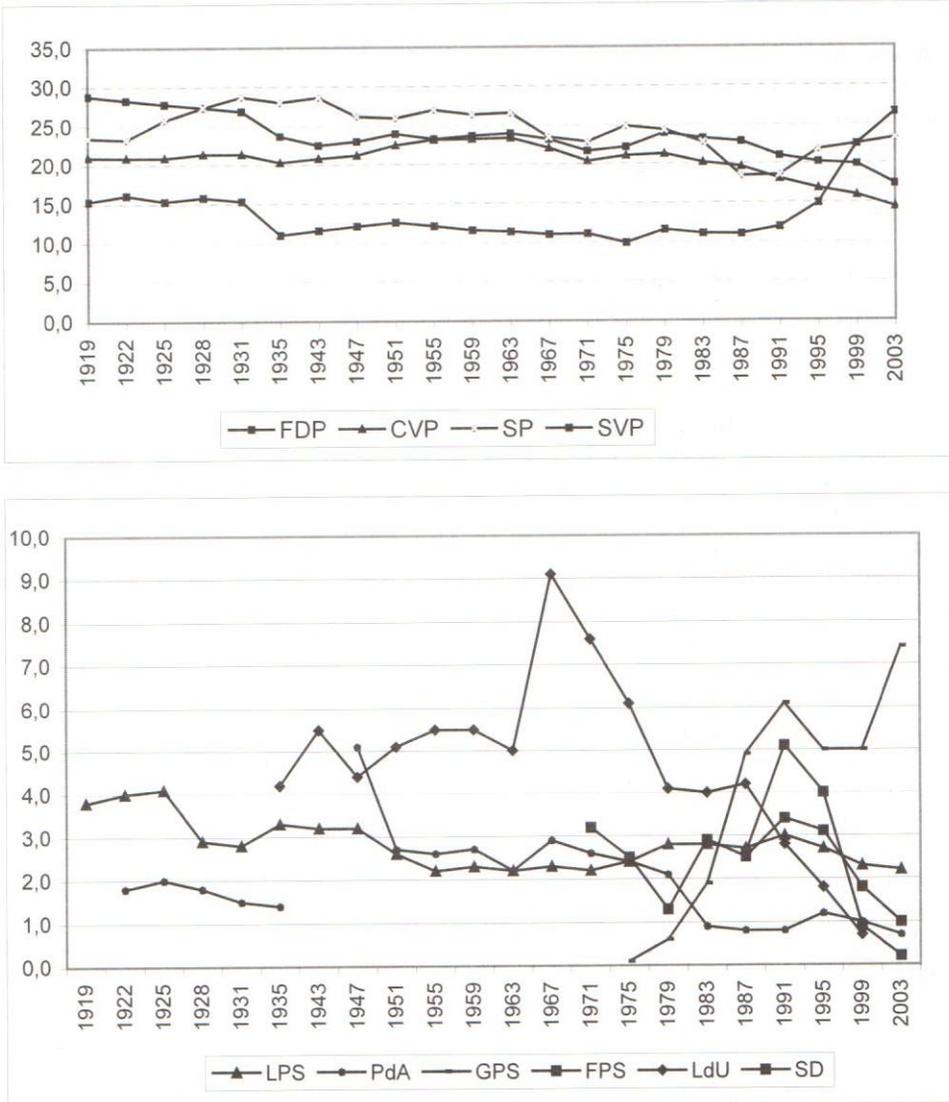
*Fünfziger Jahre bis Anfang sechziger Jahre:* Diese Phase der Stabilisierung ist gekennzeichnet durch konstante Stimmenanteile der Bundesratsparteien und geringe Polarisierung des Parteiensystems. Die Konkordanz etabliert sich auf Bundesebene und wird 1959 mit der Einführung der Zauberformel gekrönt.

*Mitte sechziger bis Anfang siebziger Jahre:* Das Parteiensystem gerät in Bewegung. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien, am ausgeprägtesten die CVP, wandern in die Mitte. Insgesamt findet aber eine Re-Ideologisierung und Polarisierung statt. Das Konkordanzsystem wird zur Diskussion gestellt. Der sozial-liberale Landesring der Unabhängigen (LdU) als Oppositionspartei und die beiden am rechten Rand politisierenden Parteien Nationale Aktion (NA) und Republikaner verzeichnen auf Kosten der drei großen Bundesratsparteien kleinere Sitzgewinne. Die Anliegen der 68er-Bewegung machen sich innerhalb der Parteien bemerkbar. Die Parteien überdenken ihre Organisationsstrukturen, um den Partizipationsbedürfnissen der neuen Generationen Rechnung zu tragen. Links der SP bildet sich eine „außerparlamentarische Opposition“, und verschiedene kleinere Linksparteien entstehen (Maoisten, Revolutionäre Marxistische Liga, Progressive Organisationen Schweiz, Partito Socialista Autonomo).

*Mitte siebziger bis Anfang achtziger Jahre:* Die Wirtschaftskrise bremst die Dynamik der späten sechziger Jahre. Die Polarisierung des Parteiensystems geht leicht zurück. Die Stellung der Bundesratsparteien konsolidiert sich. Nach dem Linksrutsch bei den Wahlen 1975 wird der Freisinn mit dem Motto „Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – weniger Staat“ erstmals seit den zwanziger Jahren wieder zur stärksten Partei.

*Mitte achtziger bis Anfang neunziger Jahre:* Die sich bereits seit Beginn der achtziger Jahre abzeichnende Umweltproblematik prägt die Politik. Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und die als Reaktion auf die Grünen entstandene Autopartei (später Freiheits-Partei der Schweiz, FPS) bringen die Bundesratsparteien erneut in Bedrängnis. Der Wähleranteil der vier Bundesratsparteien (FDP, CVP, SP und SVP) fällt 1991 erstmals unter 70 Prozent. Die Kräfte der extremen Linken lassen nach, sie schließen sich anfänglich in einem grün-alternativen Bündnis zusammen und finden dann bei der GPS oder bei der SP eine neue Heimat. Die SP beginnt eine pragmatischere Politik zu betreiben.

Abbildung 1: Wähleranteile der vier Bundesratsparteien und der kleineren Parteien 1919-2003 in Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik 2005.

Seit Anfang der neunziger Jahre: Die SVP steuert unter dem Einfluss von Nationalrat Christoph Blocher und seiner Abwehrhaltung gegen Europa einen klaren und erfolgreichen Rechtskurs. Der SP ist es unter der Leitung von Peter Bodenmann (Parteipräsident von 1990 bis 1997) gelungen, sich als alleinige Kraft im linken und ökologischen Spektrum zu profilieren. An Bedeutung verlieren die kleinen Parteien auf der Rechten, der LdU und in

einer ersten Phase auch die Grünen. Für eine Polarisierung des Parteiensystems sorgen nicht mehr die extremeren kleinen Parteien, sondern die beiden großen Pole SVP und SP. Wenig erfreulich gestaltet sich die Situation der FDP, der es seit dem Fall der Berliner Mauer an einem Feindbild zu fehlen scheint und die es verpasste, unter den neuen Voraussetzungen zukunftsweisende liberale Lösungsansätze zu präsentieren. Bei der CVP zeitigen die seit Jahrzehnten andauernden strukturellen Probleme – große soziale Heterogenität, Spannungen zwischen Konservativen, Wirtschaftskreisen und Christlich-Sozialen, historisch bedingte Fixiertheit auf die Katholiken, anhaltende Säkularisierung – einschneidende Auswirkungen, sie fällt auf den vierten Rang zurück. Ende der neunziger Jahre eröffnet die SVP, die zur stärksten Partei geworden ist, den Kampf um die Vormachtstellung im bürgerlichen Lager und beginnt den Kurs der anderen Parteien zu beeinflussen. Sie fordert einen zweiten Sitz im Bundesrat, den sie 2003 zu Lasten der CVP erhält und mit ihrem Vordenker Christoph Blocher besetzt. Einen zweiten Frühling erleben bei den Nationalratswahlen 2003 die Grünen.

Durch die Erfolge der SVP, insbesondere durch ihr Vordringen in die Stammlande der CVP, sind die kantonalen Parteiensysteme in dieser letzten Phase dem nationalen Muster ähnlicher geworden. In den katholischen Kantonen war die CVP lange Zeit die absolut dominante Partei. An ihrer Seite gab es gerade noch Platz für eine deutlich schwächere FDP (Obwalden, Nidwalden) und für eine nicht allzu starke SP (Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Valais). Seit Mitte der neunziger Jahre gewinnen in diesen Kantonen nun alle vier Bundesratsparteien Stimmen. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich das gesamtschweizerische Modell auf alle Kantone übertragen wird. Die CVP hat in den protestantischen und konfessionell gemischten Kantonen Bedeutung eingebüsst, ist dort nur noch schwach vertreten und liegt hinter den Grünen und anderen Parteien zurück.

### 3. Fragmentierung und Stabilität

Das Schweizer Parteiensystem ist beispielhaft dafür, dass eine große *Fragmentierung* nicht zwangsläufig mit politischer Instabilität einhergehen muss, wie dies lange Zeit von Forschern angenommen wurde. Geprägt durch die Erfahrungen in Großbritannien und in den USA gingen sie davon aus, dass Parteiensysteme basierend auf zwei etwa gleich großen Parteien den Mehr- und Vielparteiensystemen überlegen seien.

Was die Zahl der Parteien, basierend auf dem Index „effektive Zahl der Parteien“ von Laakso/Taagepera (1979) anbelangt, so gehört das Schweizer Parteiensystem zu den am stärksten fragmentierten. Der Durchschnittswert für die Zeit zwischen 1948 und 1995 beläuft sich auf 5,9. Auf Werte unter 3,0 kommen für dieselbe Zeitspanne Deutschland, England, Österreich und Malta, sowie Australien, Neuseeland und die USA. Auf Werte über 5,0 kommen die Niederlande, Belgien, Frankreich, Finnland und die Schweiz. Höhere Werte als die Schweiz hat lediglich Belgien seit Beginn der achtziger Jahre<sup>6</sup>.

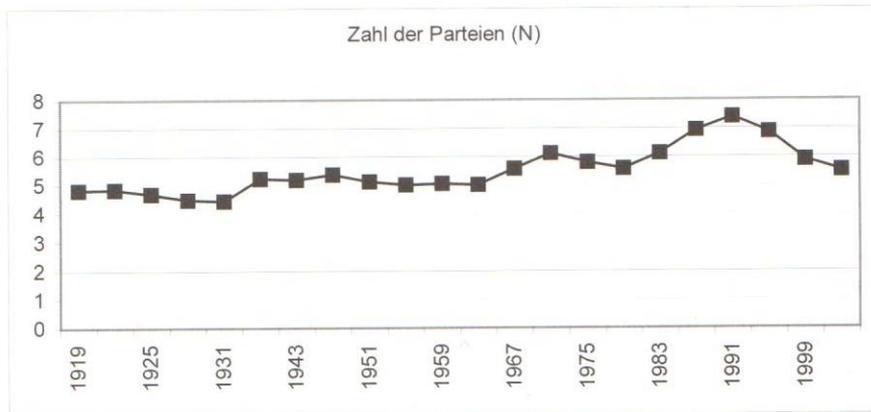
Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist, wie in anderen Ländern auch (Ladner 2004: 74), geprägt durch einen ersten Anstieg der Parteienzahl, der etwa Mitte der sechziger Jahre einzusetzen beginnt, einen Rückgang in den siebziger und einen Wiederanstieg in den achtziger Jahren. Besonders auffallend für die Schweiz ist die verhältnismäßig starke Zunahme

6 Vgl. auch Armingeon 2003: 12, Ladner 2004: 72f.

der Zahl der Parteien vor dem Zweiten Weltkrieg. Eine Abweichung von der internationalen Entwicklung findet sich im *markanten Rückgang seit den Nationalratswahlen 1991*, der auf das Verschwinden der kleinen Parteien und auf die Gewinne von SVP und SP zurückgeführt werden kann.

Der Blick auf die kantonalen Parteiensysteme zeigt, dass die effektive Zahl der Parteien vor allem in stark fragmentierten Kantonen wie Zürich, Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Thurgau und Genf seit Beginn der neunziger Jahre zurückgegangen ist, während sie in den schwach fragmentierten Kantonen eher zugenommen hat (Ladner 2003: 11 f.). Zumindest in dieser Hinsicht kann von einer gewissen Konvergenz der kantonalen Parteiensysteme gesprochen werden.

Abbildung 2: Effektive Zahl der Parteien auf nationaler Ebene



Quelle: Bundesamt für Statistik 2005, eigene Berechnungen.

Mit der effektiven Zahl der Parteien kann der Wandel der Parteiensysteme allerdings nur bedingt erfasst werden. Sie eignet sich, wenn zwischen Zwei- und Vielparteiensystemen unterschieden werden soll. Größere Verschiebungen von Wähleranteilen müssen sich nicht zwingend in der Zahl der Parteien niederschlagen. Für solche Fälle ist die Volatilität der bessere Indikator.

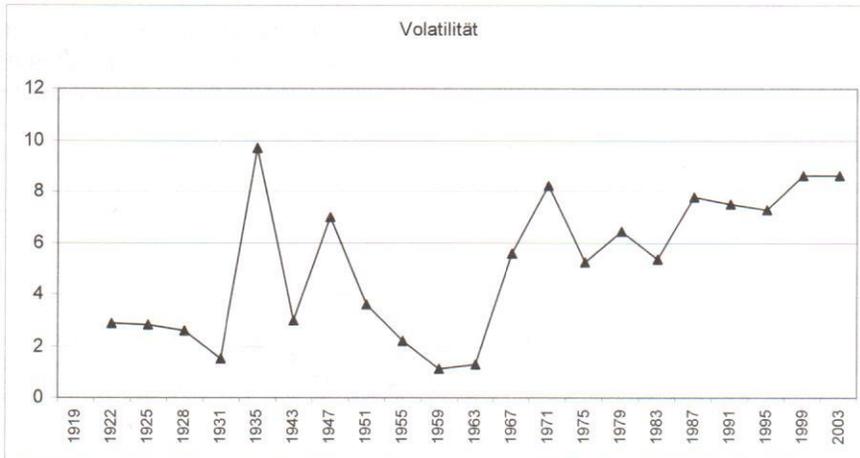
Die Stabilität eines Parteiensystems wird in der Regel mit der *aggregierten Volatilität* von Pedersen (1979) gemessen. Diese Zahl misst die Verschiebung der Wähleranteile zwischen zwei Wahlgängen (vgl. Abbildung 3)<sup>7</sup>. Für praktisch alle europäischen Länder lässt sich zeigen, wie der Zweite Weltkrieg das Gleichgewicht der Parteiensysteme durcheinander brachte. Die Wähler mussten sich zuerst neu orientieren, was zu einer hohen Volatilität führte (Lane/Ersson 1994: 189). Die fünfziger Jahre sind demgegenüber geprägt durch

7 Die Volatilität berechnet sich wie folgt: 
$$TV = \sum_{i=1}^n \frac{(v_{it} - v_{i(t+1)})^2}{2}$$

Dabei ist  $n$  die Zahl der Parteien,  $v_{it}$  der Wähleranteil der Partei  $i$  zum Zeitpunkt  $t$  und  $v_{i(t+1)}$  der Wähleranteil der Partei  $i$  zum Zeitpunkt  $t + 1$ .

festere Parteibindungen. In den späten sechziger Jahren steigt die Volatilität wieder an, und seither lösen sich Phasen mit starken und solche mit schwächeren Verschiebungen der Wähleranteile ab.

Abbildung 3: Volatilität des Schweizer Parteiensystems in Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik 2005, eigene Berechnungen.

Widerlegen ließe sich mit diesen Zahlen die Vorstellung, dass in jüngster Zeit die politischen Verhältnisse deutlich instabiler geworden seien. Instabiler sind sie im Vergleich zu den „ruhigen“ fünfziger Jahren, die letztlich auch zur Zauberformel geführt haben, nicht aber im Vergleich zu den Wahlen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>8</sup>. Der Durchschnittswert der Volatilität für die Zeit seit 1945 liegt in der Schweiz bei 5,4. Andere Länder mit sehr niedriger Volatilität sind Österreich, Schweden und Großbritannien, Länder mit hoher Volatilität sind demgegenüber die „neuen Demokratien“ Griechenland, Spanien und Portugal sowie Frankreich und Dänemark.

Eine größere Dynamik erfährt das Schweizer Parteiensystem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Von der „Überfremdungsfrage“, der Vertrauenskrise in die politischen Eliten und den Forderungen der 68er-Bewegungen profitieren die NA und die Republikaner, der LdU und die Parteien der äußeren Linken. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in den siebziger Jahren beruhigt sich die Situation. Erst durch das Entstehen der Grünen und der Autopartei kommt es wieder zu einer Belebung. Bis Mitte der neunziger Jahre ist

8 1935 erlitten FDP (-3,2 Prozent) und SVP (-4,3 Prozent) große Verluste, während der LdU (+4,1 Prozent), die Jungbauern (+3,1 Prozent) und die Frontisten (+1,5 Prozent) Gewinne erzielten. 1939 wurden in vielen Kantonen keine Wahlen abgehalten und die Mandatsträger für eine weitere Amtsperiode bestätigt („stille Wahlen“), so dass die Stimmenverschiebungen mit einem „strukturellen Fehler“ behaftet sind. Zu den Verlierern gehörten FDP (-3 Prozent), CVP (-3,3 Prozent) und SP (-2,1 Prozent), zu den Gewinnern SVP (+3,8 Prozent) und LdU (+2,9 Prozent). 1943 wurden, was die vier großen Parteien anbelangt, die durch die stillen Wahlen bedingten Verzerrungen wieder bereinigt. Dazu kommen die durch das Verbot bedingten Verluste der Kommunistischen Partei (-2,6 Prozent). 1947 stehen Gewinne der neu gegründeten PdA (+5,1 Prozent) Verlusten bei SP (-2,4 Prozent) und bei den Jungbauern (-2,1 Prozent) gegenüber.

die Volatilität auf etwas höherem Niveau stabil geblieben und seit 1999 auf etwas über 8 Prozent angestiegen. Da eine große Mehrheit der Kantone seit Beginn der neunziger Jahre ebenfalls eine steigende Volatilität verzeichnet, könnte diese Belebung des Parteienwettbewerbs durchaus auch strukturelle Ursachen haben.

Das Problem mit dem Indikator „Volatilität“ liegt darin, dass er nicht in allen Fällen sensibel genug ist, um Veränderungen im Parteiensystem zu erfassen. Die durch das Aufkommen der SVP bedingten Veränderungen im Schweizer Parteiensystem seit Mitte der neunziger Jahre sind im Verhältnis zu früheren Phasen deutlich größer als es in der Darstellung zum Ausdruck kommt. Die Ursache dafür ist, dass über mehrere Wahlgänge anhaltende Stimmengewinne mittleren Ausmaßes den Wert der Volatilität nicht in die Höhe treiben, wohl aber zu einem generellen Wandel des Parteiensystems führen können.

#### 4. Positionierung und Polarisierung der Parteien

Neben der Zahl der Parteien beinhaltet die nicht unumstrittene<sup>9</sup>, aber noch immer die Parteienforschung stark beeinflussende Typologie von Parteiensystemen Giovanni Sartoris (1976) auch qualitative Kriterien. Es sind dies die ideologische Distanz zwischen den Parteien und die Frage, ob die Parteien im Wettbewerb eher die „politische Mitte“ oder die „Extreme“ anstreben, oder anders gefragt, ob eine zentrifugale oder eine zentripetale Wettbewerbsstruktur die Parteienkonkurrenz dominiert. Die Operationalisierung und Messung der ideologischen Unterschiede und der Richtung des Parteienwettbewerbs ist allerdings deutlich schwieriger als bei der Fragmentierung und Volatilität. Hinzu kommt, dass der politische Raum in der Realität mehrdimensional ist und sich nicht lediglich auf die Links-Rechts-Dimension reduzieren lässt<sup>10</sup>. Auch stellt sich die Frage, wo und auf welchem Niveau gemessen werden soll. Üblich sind Befragungen von Wählern (VOX- und SELECTS-Analysen der Nationalratswahlen, Farago 1996, Hirter 2000), Mitgliedern, Parteipolitikern (Sciarini u.a. 1994) oder Experten (Huber/Inglehart 1995) sowie die Analyse von Wahl- und Parteiprogrammen (Brändle 1999, Klingemann 1995: 189 ff.). Die in der internationalen Parteienforschung gebräuchlichsten Maßzahlen (Positionierung, Polarisierung) beschränken sich in der Regel auf die Links-Rechts-Dimension, da diese trotz der berechtigten Einwände eine handhabbare Vereinfachung der politischen Differenzen liefert.

Der *Parteienwettbewerb* im Schweizer Mehrparteiensystem tendiert je nach Zeitpunkt und Partei in die Mitte oder zu den Extremen. Da jedoch starke Anti-System-Parteien fehlen, stellt das Schweizer Parteiensystem – zumindest auf nationaler Ebene – in der Terminologie von Sartori (1976) ein Beispiel für einen „moderaten Pluralismus“ dar. Unterschiedlich präsentiert sich demgegenüber die Situation in den Kantonen. Wo sich, wie in den katholischen Kantonen der Zentralschweiz Uri, Obwalden und Nidwalden, in erster Linie CVP und FDP gegenüberstehen bzw. gegenüberstanden, ist der politische Raum relativ begrenzt. In größeren urbaneren Kantonen, in denen eine PdA oder eine grün-alternative Partei auf der einen und eine Freiheitspartei oder die Schweizer Demokraten auf der ande-

9 Für eine kritische Auseinandersetzung mit Sartoris Typologie vgl. z.B. Reif 1984: 147 ff., Gross/Sigelmann 1984: 478, Fn. 1 und Ware 1996: 168 ff.

10 Als Alternativen bieten sich auch andere Dimensionen wie z.B. grün vs. anti-grün, Materialismus vs. Postmaterialismus, Gemeinschaft vs. Gesellschaft respektive die Einstellung zu konkreten politischen Sachfragen an.

ren Seite existieren, ist das politische Spektrum viel breiter. Kantone mit polarisierten Parteiensystemen sind Genf, Zürich, Bern, Basel-Stadt, Basel-Land und Neuenburg.

Tabelle 1 zeigt die *Positionierung der Schweizer Parteien auf der Links-Rechts-Achse* aus verschiedenen Perspektiven. Auffallend ist, dass von wenigen Ausnahmen (Lokalparteien 1990, Experten 1985) abgesehen, die Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Achse gewahrt bleibt. Von den Bundesratsparteien positioniert sich die SP klar auf der linken Seite, die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP auf der rechten Seite des politischen Spektrums, wobei die CVP am stärksten zur Mitte tendiert. Bemerkenswert ist weiter, dass die Distanz zwischen der SP und der ihr am stärksten nahestehenden Partei im bürgerlichen Lager deutlich größer ist als die Distanz zwischen den Extremen im bürgerlichen Lager. In politischen Blöcken gesprochen ist die Struktur des Schweizer Parteiensystems bipolar und nicht tripolar, wie dies im Umfeld der Nationalratswahlen 1995 diagnostiziert wurde (Longchamp u.a. 1995).

Tabelle 1: Die Links-Rechts-Verortung der Schweizer Parteien aus unterschiedlicher Perspektive

| Einschätzung durch:                   | PdA | SP  | GPS | LdU | EVP | CSP |
|---------------------------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| Lokalparteipräsidenten 1)             |     |     |     |     |     |     |
| eigene nationale Partei 1990          | 1.4 | 3.2 | 3.7 | 4.4 | 5.3 | 6.2 |
| eigene nationale Partei 2003          | 2.0 | 2.9 | 2.6 |     | 4.9 | 4.0 |
| Kantonalparteipräsidenten 2)          |     |     |     |     |     |     |
| eigene nationale Partei 1997          | 1.0 | 2.6 | 3.2 | 5.2 | 5.9 |     |
| Wähler 3)                             |     |     |     |     |     |     |
| Selbsteinschätzung 1995               |     | 3.8 | 3.4 |     |     |     |
| Selbsteinschätzung 1999               |     | 3.1 |     |     |     |     |
| Selbsteinschätzung 2003               |     |     |     |     |     |     |
| Wähler- und Experteneinschätzungen 4) |     |     |     |     |     |     |
| 1975                                  |     | 4   |     |     |     |     |
| 1985                                  |     | 4.7 |     |     |     |     |
| 1995                                  |     | 2.6 |     |     |     |     |
| Wahlprogramme 5)                      |     |     |     |     |     |     |
| Durchschnittswert 1945-1995           |     | 4.3 | 4.2 |     |     |     |

| Einschätzung durch:                   | <i>CVP</i> | <i>FDP</i> | <i>SVP</i> | LPS | SD  | FPS |
|---------------------------------------|------------|------------|------------|-----|-----|-----|
| Lokalparteipräsidenten 1)             |            |            |            |     |     |     |
| eigene nationale Partei 1990          | 6.4        | 7.5        | 7.2        | 8.3 |     |     |
| eigene nationale Partei 2003          | 5.9        | 6.8        | 7.9        | 8.2 | 8.7 |     |
| Kantonalparteipräsidenten 2)          |            |            |            |     |     |     |
| eigene nationale Partei 1997          | 5.4        | 6.8        | 7.7        | 7.6 | 7.6 | 8.2 |
| Wähler 3)                             |            |            |            |     |     |     |
| Selbsteinschätzung 1995               | 5.8        | 6.1        | 6.8        | 7.1 |     |     |
| Selbsteinschätzung 1999               | 5.7        | 6.1        | 6.7        |     |     |     |
| Selbsteinschätzung 2003               |            |            |            |     |     |     |
| Wähler- und Experteneinschätzungen 4) |            |            |            |     |     |     |
| 1975                                  | 6.8        | 6.2        | 6.4        |     |     |     |
| 1985                                  | 7.1        | 6.6        | 6.4        |     |     |     |
| 1995                                  | 4.4        | 6.0        | 6.3        |     |     |     |
| Wahlprogramme 5)                      |            |            |            |     |     |     |
| Durchschnittswert 1945-1995           | 5.5        | 6.1        | 7.0        |     |     |     |

1) Die Werte gehen zurück auf die Lokalparteipräsidentenbefragungen von 1990 (Geser u.a. 1994) und 2003 (Geser u.a. 2003). Die Mittelwerte wurden berechnet auf der Basis der in den Befragungen erfassten Lokalparteien. Die Zahl der berücksichtigten Lokalparteien variiert je nach Größe und Organisationsgrad der einzelnen Parteien zwischen sechs (SD) und 522 (SP). Skala: 1 = extrem links bis 10 = extrem rechts.

2) Die Werte gehen zurück auf die Kantonalparteipräsidentenbefragung 1997 (Ladner/Brändle 2001). Die Mittelwerte wurden berechnet auf der Basis der in der Befragung erfassten Kantonalparteien. Die Zahl der berücksichtigten Kantonalparteien variiert je nach Größe und Organisationsgrad der einzelnen Parteien zwischen fünf (PdA) und 25 (FDP, SP). Skala: 1 = extrem links bis 10 = extrem rechts.

3) Analyse der Nationalratswahlen 1995: Farago 1996, Klöti 1998; Analyse der Nationalratswahlen 1999: Hirter 2000. Skala: 1 = extrem links bis 10 = extrem rechts.

4) Die Werte für die verschiedenen Jahre stammen von Inglehart/Sidjanski 1974, Sani/Sartori 1983 (Wählereinschätzungen) und Huber/Inglehart 1995 (Experteneinschätzungen).

5) Die Werte gehen zurück auf Brändle 1999 und auf eigene Berechnungen gemäss Klingemann 1995, Fn. 7; Zeitraum: die letzten 50 Jahre.

Weiter zeigt sich, dass die Wählerschaft eher in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt ist, während die Parteien in der Regel extremere Positionen einnehmen. So liegen etwa die bürgerlichen Parteien nach Einschätzung ihrer Parteipräsidentinnen und -präsidenten in Gemeinden und Kantonen auf allen drei Ebenen rechts von ihren Wählern, während die SP-Organisationen links von ihrer Wählerschaft eingestuft werden. Einzige Ausnahme im bürgerlichen Lager bilden die Selbsteinschätzungen der CVP-Kantonalparteipräsidenten. Es lässt sich vermuten, dass sich hier der programmatische Weg der CVP-Führung ins Zentrum widerspiegelt, während die Basis nach wie vor stärker nach rechts tendiert.

Was die Wahlprogramme anbelangt, so decken sich diese bei SP und FDP ziemlich genau mit der Einschätzung der Wählerschaft. Auch die CVP tendiert eher in die Mitte, so dass diesbezüglich von einem zentripetalen Wettbewerb gesprochen werden kann. Die SVP versucht sich demgegenüber zentrifugal zu positionieren und liegt mit ihren Wahlprogrammen rechts von ihren Wählern. Auffallend im internationalen Vergleich ist, dass sich die FDP-Wähler in der Schweiz rechts von den CVP-Wählern einstufen, während international gesehen die Liberalen – gemäß Klingemann (1995: 194) – links von den Christdemokraten positioniert werden. Der internationale Vergleich zeigt zudem, dass die Schweizer SP deutlich links vom Durchschnittswert sozialdemokratischer Parteien liegt.

Die politische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala kann sich über die Zeit hinweg ändern. Ein relativ aktuelles und akkurates Bild vermögen die beiden Lokalparteienbefragungen in den Jahren 1990 (Geser u.a. 1994) und 2003 (Geser u.a. 2003) zu zeichnen. Dargestellt werden hier die Einschätzungen der nationalen Parteien aus Sicht der Parteipräsidentinnen und -präsidenten. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die SVP auf nationaler Ebene in den neunziger Jahren nach rechts und die anderen drei Bundesratsparteien nach links gerutscht sind. Diese Entwicklung betrifft jedoch vor allem die Parteien auf nationaler Ebene. Die Lokalparteien selbst haben sich weniger stark verschoben.

Die *Analyse der Parteiprogramme*, wie sie von der „Manifesto Research Group“ (MRG<sup>11</sup>) entwickelt wurde, geht ebenfalls davon aus, dass den Parteiprogrammen bzw. den hervorgehobenen Themen tendenziell eine Links-Rechts-Dimension zugrunde liegt (Budget/Robertson/Hearl 1987). „Linke“ Themen, etwa im Zusammenhang mit staatlicher Umverteilung (Sozialleistungen, Regulierung), können systematisch „rechte“ Themen, wie nationale Verteidigung, traditionelle Moral oder freie Marktwirtschaft, gegenübergestellt werden. Die Analyse für die Schweiz im Zeitraum zwischen 1947 und 1995 lässt sich in vier Phasen unterteilen (Brändle 1999: 18 ff.):

*Zwischen 1947 und 1959* positionieren sich die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP klar im rechten, die SP als zeitweilige Oppositionspartei deutlich im linken Bereich des politischen Spektrums. Im Vorfeld der Einführung der Zauberformel von 1959 nehmen die CVP und sehr ausgeprägt die SP mit ihrem neuen Parteiprogramm starke Korrekturen nach rechts vor.

*Zwischen 1963 und 1979* rücken FDP, CVP und SVP näher zusammen und bewegen sich gemeinsam in die Mitte, während sich die SP mit geringfügigen Schwankungen klar im linken Bereich der Skala positioniert. Die Positionen der Bundesratsparteien bleiben relativ konstant, die Links-Rechts-Distanzen zwischen den Regierungsparteien erzielen die tiefsten Werte.

11 Zur Geschichte und Methode der MRG vgl. Volkens 2001.

Nach 1980 kommt es zu einer verstärkten Verschiebung der Parteipositionen. FDP und SP positionieren sich am rechten bzw. am linken Pol, CVP und SVP eher in der Mitte. Mit der „liberalen Offensive“ zu Beginn der achtziger Jahre setzt sich die FDP von den beiden anderen bürgerlichen Parteien nach rechts ab. Bereits ab 1987 rücken die Positionen der Regierungsparteien aber wieder näher zusammen.

Im Hinblick auf die *Wahlen 1995* ändert sich die Konstellation der Parteipositionen grundlegend: Die SVP beginnt sich stark nach rechts zu bewegen und bildet neu mit der FDP den rechten Pol der Regierungsparteien. Die CVP nimmt eine Mitte-Position ein, während die SP auf der linken Seite verharrt.

Die Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen 1995 haben sich seither fortgesetzt. Auch wenn für die jüngste Zeit keine entsprechenden Analysen mehr vorliegen, kann von einer starken Polarisierung mit der SP auf der linken und der SVP auf der rechten Seite ausgegangen werden. Die FDP und die CVP haben sich zuerst etwas nach links und dann angesichts der Verluste an die SVP wiederum nach rechts bewegt.

Was die *Polarisierung* des Schweizer Parteiensystems betrifft, so zeigen die von Lane/Ersso (1994: 185) berechneten Daten für die europäischen Länder, dass das Schweizer Parteiensystem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich polarisiert ist<sup>12</sup>. Im Durchschnitt der 16 untersuchten europäischen Staaten ergibt sich nach einer Phase des Rückgangs Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre eine kontinuierliche Zunahme der Polarisierung. Die Detailanalyse für die Schweiz macht aber auch deutlich, dass eine solche Analyse methodisch nicht ganz unproblematisch ist. Je nachdem, wie die politischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse verortet wurden, kommt es zu einem unterschiedlichen Verlauf der Kurve. Zudem müsste die Veränderung der politischen Positionen der Parteien laufend berücksichtigt werden.

Berechnet man auf der Basis von Einschätzungen der Lokalparteipräsidentinnen und -präsidenten die Positionierung und Polarisierung des Schweizer Parteiensystems zu den Erhebungszeitpunkten 1990 und 2003, so lässt sich zeigen, dass das Parteiensystem insgesamt ganz leicht nach links (auf der Zehner-Skala von 5,87 auf 5,57) gerutscht ist, und dass die Polarisierung (von 3,8 auf 4,6) zugenommen hat<sup>13</sup>.

## 5. Verankerung in der Bevölkerung

In den letzten Jahrzehnten scheinen sich – verfolgt man die öffentliche Diskussion – die politischen Parteien in einer Dauerkrise zu befinden. Den Parteien wird vorgeworfen, ihnen gelinge es kaum mehr, in der Politik wesentliche Impulse zu setzen, ihre Problemlösungsfähigkeit sei gesunken, und in der Bevölkerung verfügten sie über immer weniger Rückhalt. Der Anteil der Menschen mit festen Parteibindungen gehe zurück und die Stammwählerschaft der Parteien sinke. Die gängigen Indikatoren, mit denen Akzeptanz und Verankerung der Parteien in der Bevölkerung gemessen werden, sind auf der Ebene der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung, das Vertrauen der Bevölke-

12 Die Parteien werden in der Regel aufgrund von Experteneinschätzungen auf der Links-Rechts-Achse verortet. In unseren Untersuchungen stützen wir uns auf die Selbstdeklaration der Parteien auf lokaler und kantonal-er Ebene.

13 Für die Berechnung von Positionierung und Polarisierung eines Parteiensystems vgl. Sigelman/Yough 1978: 357 und Gross/Sigelman 1984.

rung in die Parteien, die Identifikation mit einer bestimmten Partei, sowie aus Sicht der Parteien die Möglichkeit, Mitglieder und Rollenträger für parteiinterne und öffentliche Mandate zu rekrutieren sowie der Zugang zu den wichtigsten politischen Ämtern.

Die *Wahl- und Abstimmungsbeteiligung* ist in der Schweiz seit Mitte des letzten Jahrhunderts kontinuierlich zurückgegangen. Lag die Wahlbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg noch über 70 Prozent, so hat sie sich seit 1979 zwischen 40 und 50 Prozent eingependelt. Die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung, welche in früheren Zeiten bis zu 10 Prozent unter der Wahlbeteiligung lag, kommt seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre etwa in den Bereich der Wahlbeteiligung. Die Schweiz gehört im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien zusammen mit den USA zu den Ländern mit der niedrigsten Beteiligung an nationalen Wahlen, auch wenn fast überall die Wahlbeteiligung ebenfalls tendenziell sinkt (Gray/Caul 2000). Die Gründe dafür dürften in der starken Belastung der Stimmbürgerinnen und -bürger durch die direkte Demokratie und der damit verbundenen Möglichkeit, Regierungsentscheide an der Urne rückgängig zu machen, liegen. Hinzu kommt die geringere Bedeutung des Wahlentscheids in der zur Kartellisierung neigenden Konkordanzdemokratie.

Höhere Beteiligungswerte können aus demokratietheoretischen Überlegungen heraus wünschenswert sein. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sie zu grundlegend anderen politischen Entscheidungen und einer anderen Parteienzusammensetzung führen würden. Die politischen *Sympathien der Nicht-Wählenden* sind ähnlich verteilt wie diejenigen der Wählenden, allenfalls mit einem leichten Plus für die Rechte. Eigene Analysen der Nicht-Wähler bei den Nationalratswahlen 1999 zeigen, dass unter den Wahlabstinenten die beiden Pole etwas mehr Sympathien genießen als die Mitteparteien und die gemäßigeren Bürgerlichen. Die Linke erhielt etwa ein Drittel der Stimmen der Nicht-Wähler und die Rechte etwas mehr als 35 Prozent (Lutz 2003: 84).

Das *Vertrauen in die politischen Parteien* ist gering, verglichen mit anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen, und in letzter Zeit eher rückläufig (GFS 2003). Abgenommen hat auch die *Parteiidentifikation* der Bürgerinnen und Bürger. Während sich in den siebziger Jahren noch über 50 Prozent der Stimmberechtigten mit einer Regierungspartei identifizierten, waren es 1994 noch knapp 40 Prozent. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten gab in den neunziger Jahren an, dass sie für keine Partei besondere Sympathien hat (Longchamp 1994: 21.). Auffallend dabei ist, dass die Abnahme der Parteibindungen vor allem im politischen Zentrum stattgefunden hat, während auf der rechten und der linken Seite des politischen Spektrums die Bindungen eher stabil geblieben sind. Direkt betroffen und gefährdet sind also die Zentrumsparteien CVP und FDP. Allerdings lässt sich auch zeigen, dass unter denjenigen, die sich mit einer Partei identifizieren, die Bereitschaft eher noch etwas zugenommen hat, diese Partei auch zu wählen. Die Parteiungebundenen sind nicht gleichermaßen über die Bevölkerung verteilt. Besonders stark vertreten sind sie bei den Menschen mit niedriger Bildung, bei den Jüngeren, bei den Frauen und in der stärker repräsentativ-demokratisch orientierten Westschweiz (Suter 2000: 198). In praktisch allen Gruppen lässt sich aber zeigen, dass der Anteil an Parteiungebundenen in den achtziger und neunziger Jahren zugenommen hat<sup>14</sup>.

14 Auf der Verhaltensebene müsste sich die Abnahme der Parteibindungen in einer Zunahme der Wechselwähler manifestieren. Verglichen mit anderen Ländern ist der Anteil der Wechselwähler eher gering, was nicht zuletzt durch das große Parteienangebot, welches sich besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stimmberechtigten abstimmen lässt, und durch die beachtliche politische Stabilität erklärt werden kann. Die

Ein weiterer Indikator zur Bestimmung der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung sind die *Mitgliederzahlen der Parteien*. Leider gibt es diesbezüglich für die Schweiz nur wenige verlässliche Angaben, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass hierzulande das Mitgliederprinzip bei den bürgerlichen Parteien relativ spät und vor allem nicht vollständig umgesetzt wurde. Erst in den siebziger Jahren begannen FDP und CVP sich stärker auf der Basis von eingeschriebenen Mitgliedern zu organisieren, und in den neunziger Jahren waren in beiden Parteien noch immer entsprechende Anstrengungen im Gange. Unsere Befragungen bei den Lokalparteien dokumentieren nicht nur das Ausmaß der fehlenden Umsetzung des Mitgliederprinzips, sondern deuten auch darauf hin, dass diesbezüglich in den letzten Jahren kaum noch Veränderungen stattgefunden haben: 1990 kannten etwas mehr als 40 Prozent der CVP- und knapp 60 Prozent der FDP-, 75 Prozent der SVP- und mehr als 80 Prozent SP-Lokalsektionen eine formalisierte Mitgliedschaft (Geser u.a. 1994: 141), 2003 lag der Anteil bei der CVP bei 45 Prozent, bei der FDP nach wie vor bei 60 Prozent, bei der SP bei 87 Prozent und bei der SVP war er auf 70 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in jüngster Zeit zahlreiche neue Lokalsektionen gegründet wurden, die noch keine klare Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Anhängern machen. Im Fall der SP ist erstaunlich, dass nicht alle Lokalparteien eine entsprechende Unterscheidung machen, da hier das Mitgliederprinzip vom Statut vorgeschrieben ist. Es ist deshalb davon auszugehen, dass in einigen Lokalparteien die Angaben mehr auf die gelebte Praxis als auf die Statute verweisen.

Soll dennoch ein Versuch zur Bestimmung der *Zahl der Parteimitglieder* gewagt werden, so ist man gezwungen, sich auf Schätzungen und Hochrechnungen zu verlassen. Gruner geht für die Zeit von 1963-1967 von einem Mitgliederanteil bei den Wählenden von 38 Prozent aus. Nach seinen Erkenntnissen ist dieser Anteil infolge der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 auf die Hälfte gesunken. Gemessen am Anteil der Stimmberechtigten betrug er in den siebziger Jahren etwa 11 Prozent (Gruner 1977: 218), was rund 390 000 Parteimitgliedern entsprach. Im internationalen Vergleich bedeutete dies einen hohen Organisationsgrad für die Schweizer Parteien.

Folgt man den Angaben der Parteien, so kommt man Mitte der neunziger, wie bereits Mitte der siebziger Jahre, auf rund 400 000 Parteimitglieder, wobei 150 000 Mitglieder allein auf die FDP entfallen (vgl. Tabelle 2). Berücksichtigt man, dass in diesen 20 Jahren die Zahl der Stimmberechtigten um über 900 000 zugenommen hat, kann von einer Abnahme des Parteimitgliederanteils ausgegangen werden. Ein solcher Rückgang der Parteimitgliedschaft wird auch durch Umfrageergebnisse bestätigt. Gemäß den Erhebungen von Longchamp (1994: 22) hat sich der Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten in der Zeit von 1983 bis 1994 von 18 auf 12 Prozent zurückgebildet<sup>15</sup>.

In Wahrheit dürfte der Anteil der Mitglieder in diesen Angaben jedoch überschätzt werden. Verwendet man zur Bestimmung der Mitgliederzahlen einen *restriktiven Mitgliederbegriff*, der dort, wo aufgrund des fehlenden Mitgliederprinzips der umfassendere Begriff „Sympathisant/Anhänger“ verwendet wurde, Korrekturen vornimmt, liegt der Parteimitgliederanteil an den Stimmberechtigten mit knapp 7 Prozent wesentlich niedriger. So

---

auf individueller Ebene gemessene Wählervolatilität (Wahl unterschiedlicher Parteien in zwei aufeinanderfolgenden Wahlgängen) beträgt rund 15 Prozent und hat sich zwischen 1967/1971 und 1991/1995 nicht wesentlich verändert (Nabholz 1998: 31).

15 Die Prozentanteile liegen wohl deshalb etwas zu hoch, weil sich an solchen Umfragen in der Regel die aktiveren und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen.

gesehen hatten die Schweizer Parteien 1997 lediglich rund 300 000 Mitglieder. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz damit etwa im Mittelfeld. In Deutschland, Holland, England und Frankreich haben die Parteien deutlich weniger Mitglieder, in Österreich deutlich mehr (Katz/Mair 1992: 334, Mair/van Biezen 2001).

Tabelle 2: Mitgliederzahlen der Schweizer Parteien

|                          | effektive Mitglieder* | offizielle Angaben der Parteien** |
|--------------------------|-----------------------|-----------------------------------|
| FDP                      | 89 000                | 150 000                           |
| CVP                      | 60 000                | 80 000                            |
| SVP                      | 70 000                | 80 000                            |
| SP                       | 39 000                | 40 000                            |
| LdU***                   | 3 000                 | 5 000                             |
| Grüne                    | 5 000                 | 8 200                             |
| Evangelische Volkspartei | 4 000                 | 4 000                             |
| Liberale Partei          | 13 000                | 15 000                            |
| Freiheitspartei***       | 10 000                | 12 500                            |
| Schweizer Demokraten     | 5 000                 | 6 000                             |
| Partei der Arbeit        | 1 200                 | 4 000                             |
| Total Bundesratsparteien | 258 000               | 350 000                           |
| Total andere Parteien    | 41 200                | 54 700                            |
| Total alle Parteien      | 299 200               | 404 700                           |

\* „Effektive Mitglieder“ = korrigierte Zahlen aufgrund der Kantonalparteienbefragung 1997/1998

\*\* Publiziert in Swiss Review 1994 und 1995.

\*\*\* LdU und Freiheitspartei haben sich seither formal aufgelöst.

Quelle: Ladner/Brändle 2001:

Mitgliederstärkste Partei ist, auch nach diesen Berechnungen, die FDP mit etwa 90 000 Mitgliedern, gefolgt von CVP und SVP. Die SP liegt mit rund 40 000 Mitgliedern deutlich hinter den anderen Bundesratsparteien zurück. Allerdings ist sie in der Auswahl ihrer Mitglieder selektiver und setzt ein größeres finanzielles und persönliches Engagement voraus.

Auf der Basis der beiden Lokalparteienbefragungen können die Veränderungen der Mitgliederzahlen zwischen 1990 und 2003 einigermaßen plausibel hochgerechnet werden. Gemäß diesen Angaben haben die Bundesratsparteien zusammen zwischen 1990 und 2003 rund ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Besonders groß waren die Verluste bei FDP und CVP mit mehr als einem Viertel, etwas geringer bei SVP und SP mit etwas weniger als 15 Prozent. Wählerstimmengewinne müssen also nicht zwingend mit steigenden Mitglieder-

zahlen einhergehen. Obschon die SP 1995 stimmenstärkste Partei geworden ist, sind ihre Mitgliederzahlen weiter zurückgegangen. Allerdings gibt es auch Beispiele, wo beide Entwicklungen in dieselbe Richtung laufen. Die SVP des Kantons Zürich konnte in den letzten Jahren neben den Stimmengewinnen auch einen deutlichen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen vermelden.

Einen gewissen Zuwachs an Mitgliedern, welcher die Abgänge bei den Männern teilweise kompensiert, dürften die Schweizer Parteien in den letzten Jahren vor allem durch die Frauen erfahren haben. Eine große Zahl Lokal- und Kantonalparteien gibt an, dass die Zahl der Frauen unter ihren Mitgliedern in den letzten Jahren zugenommen hat, während bei den Männern eher Stagnation oder Rückgang vorherrschte (Geser u.a. 1994: 65 ff.). Trotz der deutlichen Zunahme des Frauenanteils sind die Männer in den Parteien aber noch immer in der Überzahl. In der Anhängerschaft ist der Frauenanteil seit 1990 von 36,4 auf 40,7 Prozent gestiegen, bei den aktiven Mitgliedern von 31,6 auf 36,6 Prozent. Auffallend ist aber, dass in der Schweiz – trotz später Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene (1971) – der *Anteil der Frauen bei den Parteimitgliedern* in die Nähe der skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und Dänemark rückt und Länder wie Deutschland und Italien hinter sich lässt (Geser u.a. 1994: 65).

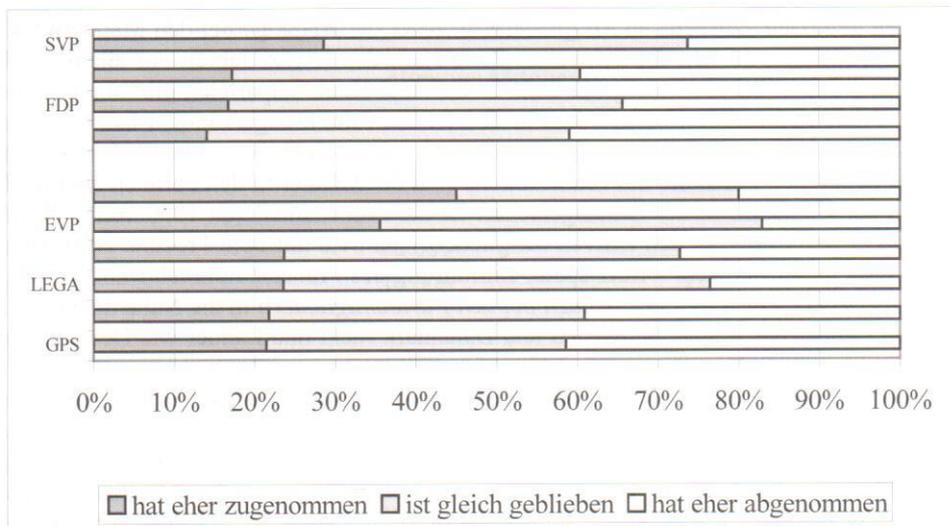
Es wäre sicher falsch, Erfolg und Zukunftsaussichten der Parteien einzig von ihren Mitgliederzahlen abhängig zu machen. Schon 1965 erwartete Otto Kirchheimer, dass die Bedeutung der Mitglieder für die Parteien zurückgehen und einer verstärkten Wählerorientierung Platz machen würde. Entsprechend muss ein Rückgang der Mitglieder nicht zwangsläufig negativ für eine Partei sein, sondern könnte auch als Zeichen dafür gelten, dass die Partei ein neues, möglicherweise erfolgreicherer Organisationsprinzip gefunden hat. Fehlen die Mitglieder, so sind die Parteien allerdings umso stärker auf engagierte Aktivistinnen oder professionelle Parteiangestellte angewiesen. Im Milizland Schweiz sind vor allem erstere von Bedeutung, da die Schweizer Parteien nur über wenige hauptamtliche Parteileute verfügen (Ladner 2001: 134 ff.) und keine staatliche Parteienfinanzierung kennen.

Die jüngsten Entwicklungen zeichnen, zumindest auf der Ebene der Lokalparteien, ein eher düsteres Bild (vgl. Abbildung 4). Einem Drittel der Lokalsektionen mit Einbußen bei den Aktiven steht nur ein Fünftel der Lokalsektionen mit einem Zuwachs gegenüber. Die Trends verlaufen ähnlich wie bei der Anhängerschaft und bei den Mitgliedern. Auch hier manifestiert sich ein Männerproblem. In beinahe 40 Prozent der Parteien ist die Zahl der männlichen Aktiven kleiner geworden. Wie bei der Anhängerschaft verzeichnen auch bei den Aktiven die Parteien kleiner Gemeinden die stärksten Einbußen, rückläufig sind die Aktivenzahlen aber auch in größeren Gemeinden.

Die Bedeutung der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden. Im traditionellen Parteienverständnis der Schweiz findet sich die Basis der Parteien in den Gemeinden. In der Regel können Interessierte nicht direkt den nationalen Parteien beitreten, sondern werden an die Lokalsektion ihrer Wohngemeinde verwiesen. Hier wird über die Mitgliedschaft entschieden, wobei die Aufnahme, mit Ausnahme bei der SP, eine Formalität darstellt. Auch wenn in den letzten Jahren die Zahl der Quereinsteiger tendenziell zugenommen hat, verläuft die klassische Politikkarriere auch heute noch von unten nach oben und beginnt mit einem öffentlichen Amt auf lokaler Ebene. Die in jüngerer Zeit anhaltenden Schwierigkeiten der Parteien, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die zahlreichen politischen Mandate in den Gemeinden zu finden, kann zusammen mit

einem partiellen Bedeutungsverlust von Lokalparteien in den Gemeinden zu einer Beeinträchtigung der politischen Stabilität führen (Ladner 1996, 1999b).

Abbildung 4: Wandel der Aktiven, nach Parteien\*



\* Prozentanteil Lokalparteien der entsprechenden Partei, in denen die Zahl der Aktiven zu- oder abgenommen hat respektive gleich geblieben ist.

Nmin = 17 (LEGA), Nmax = 561 (FDP)

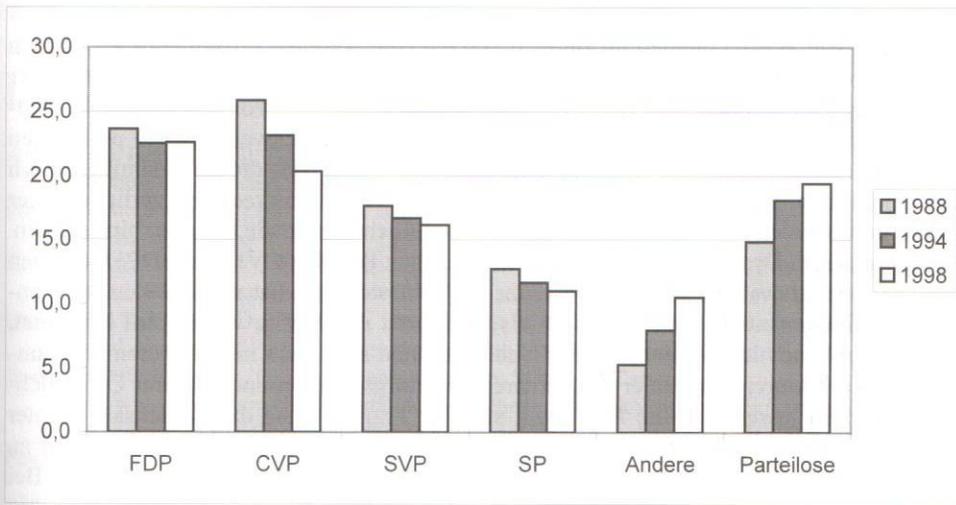
LEGA: rechtspolitische Partei im Kanton Tessin

Quelle: Geser u.a. 2003: 10.

Die Erosionsthese erhält die stärkste Unterstützung durch die rückläufige *Vertretung der Lokalparteien in den kommunalen Exekutiven*. Nach wie vor wird die große Mehrheit der knapp 17 500 Exekutivsitze in den Gemeinden – wie unsere verschiedenen Befragungen der Gemeindeschreiber zeigen (Ladner 1991, Geser u.a. 1996, Ladner u.a. 2000) – von Parteimitgliedern eingenommen, wobei gilt, dass der Anteil der Parteimitglieder in den Exekutiven mit zunehmender Gemeindegröße ansteigt (Ladner 1991). In den letzten zehn bis 15 Jahren ist die Vertretung der Parteien in den kommunalen Exekutiven allerdings zurückgegangen. In den Gemeinden, in denen die Entwicklung verfolgt werden kann, hat der Anteil der Parteivertreter in den kommunalen Exekutiven von 85,2 Prozent im Jahre 1988 auf 81,9 Prozent im Jahre 1994 und auf 80,4 Prozent im Jahre 1998 abgenommen<sup>16</sup>.

16 Bei diesen Zahlen werden nur 39 Prozent der Exekutivsitze berücksichtigt. Nimmt man in der 1998er Befragung sämtliche Sitze ins Blickfeld, über die Angaben verfügbar sind (rund 71 Prozent aller Sitze), so liegt der Anteil der Parteimitglieder mit 73,3 Prozent deutlich niedriger. Allerdings liegt bei dieser Betrachtungsweise der Anteil der Parteimitglieder 1988 mit 79 Prozent ebenfalls deutlich niedriger, so dass von einem Rückgang in der gleichen Größenordnung ausgegangen werden kann.

Abbildung 5: Sitzanteile der Bundesratsparteien in den kommunalen Exekutiven



Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1988 (vgl. Ladner 1991), Gemeindeschreiberbefragung 1994 (vgl. Geser u.a. 1996) und Gemeindeschreiberbefragung 1998 (vgl. Ladner u.a. 2000), eigene Berechnungen.

Weiter gilt: Alle vier Bundesratsparteien haben 1998 einen geringeren Sitzanteil als 1988 (vgl. Abbildung 5)<sup>17</sup>. Diese Feststellung ist vor allem im Falle der SVP von Interesse, die dem entgegengesetzt bei (Parlaments-)Wahlen, insbesondere auf kantonaler und nationaler Ebene, in den letzten Jahren ausgesprochen erfolgreich war. Die einzige Abweichung vom allgemeinen Trend bildet die FDP, welche zwischen 1994 und 1998 ganz leicht an Sitzanteilen zulegen konnte. Zu den großen Gewinnern in den kommunalen Exekutiven zählen „andere Parteien“ und die Parteilosen.

Aus Sicht der Parteien beruhigend mag die Erkenntnis sein, dass die „Erosion der Lokalparteien“ vor allem in den im internationalen Vergleich sehr kleinen Gemeinden stattfindet, in denen überdies nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt. In den Städten spielen die Parteien nach wie vor eine deutlich größere Rolle. Es stellt sich die Frage, ob eine duale Entwicklung vonstatten geht und sich neben dem Parteienmodell in den Städten ein Politikmodell der Parteilosen in den kleineren Gemeinden durchsetzt, oder ob die kleineren Gemeinden eine Vorreiterrolle einnehmen und auch in den größeren Gemeinden ein Bedeutungsverlust der Parteien folgen wird. Wie dem auch sei, es ist davon auszugehen, dass die Beziehung zwischen den Parteien und der Wählerschaft auch in der Schweiz an Stabilität eingebüßt hat.

<sup>17</sup> Berücksichtigt werden auch hier nur Gemeinden, die an allen drei Befragungen teilgenommen und vollständige Angaben geliefert haben. Die Sitzanteile werden über die Gesamtzahl der Sitze berechnet, es handelt sich also nicht um durchschnittliche Sitzanteile.

## 6. Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung

Das Schweizer Parteiensystem galt lange Zeit als Inbegriff politischer Stabilität. Verschiebungen von Wähleranteilen im Bereich von ein paar wenigen Prozentpunkten wurden bereits als erdrutschartige Gewinne oder Verluste dargestellt. Dies hat sich in den neunziger Jahren schlagartig geändert. Innerhalb von zehn Jahren ist die SVP von einer Zehn-Prozent-Partei zur stärksten Partei des Landes angewachsen. Das dem schweizerischen politischen System immanente Prinzip der Machtteilung verhindert zwar, dass die SVP damit zugleich auch zur dominierenden Kraft wird, doch ihre Erfolge haben das rechtsbürgerliche Lager gestärkt und werden im Parteiensystem voraussichtlich bleibende Spuren hinterlassen. Unter besonderem Druck stehen die beiden historischen Parteien CVP und FDP. Sie haben in den Nationalratswahlen 2003 nicht nur ihr schlechtestes Resultat seit 1919 erzielt, sondern ihre Stimmenanteile sind seit mehr als 20 Jahren rückläufig, was darauf hindeutet, dass ihre Probleme nicht konjunktureller Natur sind und sich nicht mit kleineren programmatischen Korrekturen oder einer effizienteren Parteiorganisation und besserer Öffentlichkeitsarbeit lösen lassen. Für die FDP stellt sich die Frage, ob sie das Schicksal liberaler Parteien in anderen Ländern teilen und von einer dominierenden, staatstragenden Partei zu einer Mehrheitsbeschafferin und potentiellen Koalitionspartnerin zurückgestuft wird. Bei der CVP könnte die große Klammer, gebildet durch die katholische Konfession, endgültig auseinander brechen. Die konservativen Kräfte sind in der SVP ebenso gut aufgehoben wie in der CVP und die Christlich-Sozialen könnten auf der Linken oder als ethische Nischenpartei eine neue Heimat finden. Was also auf den ersten Blick als temporäre Fluktuation oder partieller Wandel – um in der Terminologie von Gordon Smith (1989) zu bleiben – erscheint, könnte in der Tat einem generellen Wandel oder gar einer Transformation des Schweizer Parteiensystems gleichkommen.

Die gängigen Indikatoren der vergleichenden Parteiensystemforschung sind nur bedingt geeignet, den Wandel von Parteiensystemen rechtzeitig zu erfassen. Fragmentierung und Volatilität, Polarisierung und Stärke der verschiedenen Lager sagen wenig darüber aus, was in den Parteien selbst passiert. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren haben in den heute erfolgreichen Parteien Entwicklungen eingesetzt, welche in den verwendeten Maßzahlen nicht zum Ausdruck kamen. Die SP hat heute eine völlig andere Anhängerschaft als noch vor wenigen Jahrzehnten. Sie verfügt über den größten Anteil an Unterstützern mit einem hohen Bildungsniveau und ist in vergleichbaren Einkommensschichten verankert wie die FDP (Hirter 2000: 21). Es sind also nicht mehr vorwiegend Arbeiter und einfache Angestellte, die SP wählen. Auch die SVP hat sich gewandelt. Aus der einstigen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei ist eine Volkspartei geworden, die sich nach einem kurzen und erfolglosen Ausflug in die Mitte des Parteienwettbewerbs heute klar als national-konservative Kraft auf der rechten Seite positioniert.

Damit ist auch die Frage des „frozen party system“ (Lipset/Rokkan 1967) entschieden. Auch wenn das Schweizer Parteiensystem mit seinen vier Hauptprotagonisten FDP, CVP, SVP und SP auf den ersten Blick als bester Beleg für den Fortbestand der vier historischen, die Herausbildung der Parteiensysteme dominierenden Cleavages erscheinen mag, stimmt diese Einschätzung bei näherer Betrachtung nicht mehr. Verwendet man Cleavages im Sinne von Bartolini/Mair (1990) und setzt voraus, dass neben der Organisation auch eine strukturelle Basis und ein entsprechendes Bewusstsein vorhanden sein müssen, so ist die strukturelle Verankerung der Schweizer Parteien heute nicht mehr dieselbe wie früher.

Möglicherweise sind es heute doch eher ideologische und weniger soziologische Kriterien, welche die Parteiensysteme strukturieren.

## Literatur

- Armingeon, Klaus (2003): Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971-1999. Neuchâtel.
- Bartolini, Stefano/Mair, Peter (1990): Identity, competition, and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885-1985. Cambridge.
- Brändle, Michael (1999): Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947-1995, in: *Swiss Political Science Review*, 1, S. 11-29.
- Budge, Ian/Robertson, David/ Hearl, Derek (Hrsg.) (1987): *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge.
- Bundesamt für Statistik (2005): Nationalratswahlen: Stärke der Parteien. In: [http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/politik/wahlen/blank/kennzahlen0/national\\_rat/parteienstaerke.ContentPar.0003.DownloadFile.tmp/je-d-17.2.3.2.xls](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/politik/wahlen/blank/kennzahlen0/national_rat/parteienstaerke.ContentPar.0003.DownloadFile.tmp/je-d-17.2.3.2.xls) (20.07.2005).
- Fagagnini, Hans Peter (1978): Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, S. 75-94.
- Farago, Peter (1996): Wahlen 95. *Swiss electoral studies*. Hrsg. von der Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- Geser, Hans/Höpflinger, François/Ladner, Andreas/Meuli, Urs/Schaller, Roland (1996): *Die Schweizer Gemeinden im Kräftefeld des gesellschaftlichen und politisch-administrativen Wandel*. Schlussbericht NF-Projekt Nr. 12-32586-92. Zürich.
- Geser, Hans/Ladner, Andreas/Meuli, Urs/Schaller, Roland (2003): *Schweizer Lokalparteien im Wandel*. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003. Zürich.
- Geser, Hans/Ladner, Andreas/Schaller, Roland/ Ballmer-Cao, Thanh-Huyen (1994): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich.
- GFS-Forschungsinstitut (2003): *Sorgenbarometer*. Bern.
- Gray, Mark/Caul, Miki (2000): Declining Voter Turnout in Advanced Industrial Democracies, 1950 to 1997. The Effects of Declining Group Mobilization, in: *Comparative Political Studies*, 9, S. 1091-1122.
- Gross, Donald A./Sigelman, Lee (1984): Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach, in: *Comparative Politics*, 16, S. 463-79.
- Gruner, Erich (1964): Eigentümlichkeiten der schweizerischen Parteienstruktur, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 5, S. 203-217.
- Gruner, Erich (1977): *Die Parteien der Schweiz*. Bern.
- Gruner, Erich (1981): Schweiz, in: *Wende, Frank: Lexikon zur Geschichte der Parteien*. Stuttgart, S. 599-625.
- Gruner, Erich (1984): Parteien, in: *Klöti, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Schweiz, Band 2*. Bern, S. 135-162.
- Hirter, Hans (2000): *Wahlen 1999*. *Swiss electoral studies*. Hrsg. von der Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- Huber, John/Inglehart, Ronald (1995): Expert interpretations of party space and party locations in 42 societies, in: *Party Politics*, 1, S. 73-111.
- Hug, Simon (1994): La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire, in: *Papadopoulos, Yannis (Hrsg.): Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970-1987*. Lausanne, S. 85-112.
- Inglehart, Ronald/Sidjanski, Dusan (1974): Dimension gauche-droite chez les dirigeants et électeurs suisses, in: *Revue Française de Science Politique* 24.

- Jacobs, Francis (1989): Switzerland, in: *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*. Essex, S. 636-673.
- Katz, Richard S./Mair Peter (1992): The membership of political parties in European democracies 1960-1990, in: *European Journal of Political Research*, 22, S. 329-345.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6, S. 20-41.
- Klingemann, Hans-Dieter (1995): Party Positions and Voter Orientations, in: Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter (Hrsg.): *Citizens and the State. Beliefs in Government Vol. I*. Oxford, S. 183-205.
- Klöti, Ulrich (1998): Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien, in: Kriesi, Hanspeter/Linder, Wolf/Klöti, Ulrich (Hrsg.): *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern, S. 45-72.
- Klöti, Ulrich/Risi, Franz Xaver (1988): Zum Vergleich: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz, in: Pelilinka, Anton/Plasser, Fritz (Hrsg.): *Das Österreichische Parteiensystem*. Wien, S. 717-738.
- Kriesi, Hanspeter (1986): Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*. Bern, S. 333-350.
- Laakso, Markku/Taagepera, Rein (1979): Effective number of parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies*, 1, S. 3-27.
- Ladner, Andreas (1991): Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz. Zürich.
- Ladner, Andreas (1996): Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, 2, S. 1-22.
- Ladner, Andreas (1999a): Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien, in: Klöti, Ulrich u.a. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, S. 213-260.
- Ladner, Andreas (1999b): Local Parties in Switzerland: An Active Pillar of the Swiss Political System, in: Saiz, Martin/Geser, Hans (Hrsg.): *Local Parties in Political and Organizational Perspective*. Boulder, S. 213-241.
- Ladner, Andreas (2001): Swiss political parties - between persistence and change, in: *West European Politics*, 2, S. 123-144.
- Ladner, Andreas (2003): Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971-2003. Neuchâtel.
- Ladner, Andreas (2004): Stabilität und Wandel. Konfliktlinien, Parteiorganisationen und Parteiensysteme. Habilitationsschrift an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Opladen.
- Ladner, Andreas/Arn, Daniel/Friederich, Ueli/Steiner, Reto/Wichtermann, Jürg (2000): *Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation*. Bern.
- Ladner, Andreas/Brändle, Michael (1999): Does direct democracy matter for political parties? In: *Party Politics*, 3, S. 283-302.
- Ladner, Andreas/Brändle, Michael (2001): Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerparteien? Zürich.
- Lane, Jan-Erik/Ersson, Svante O. (1994): *Politics and Society in Western Europe*. London.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York, S. 1-64.
- Longchamp, Claude (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als eine Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit. Zürich.
- Longchamp, Claude u.a. (1995): Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995. Bern.

- Lutz, Georg (2003): Mobilisierung als Schlüsselfaktor für den Wahlerfolg? In: Sciarini, Pascal/Hardmeier, Sibylle/Vatter, Adrian (Hrsg.): Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999. Selects, Band 6. Bern/Stuttgart/Wien, S. 59-84.
- Mair, Peter/Biezen, Ingrid van (1995): Party membership in twenty European democracies, 1980-2000, in: Party Politics, 1, S. 5-21.
- Nabholz, Ruth (1998): Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995, in: Kriesi, Hanspeter/Linder, Wolf/Klöti, Ulrich: Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects. Bern, S. 17-43.
- Neidhart, Leonhard (1986): Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft. Bern, S. 17-43.
- Pedersen, Morgens (1979): The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: European Journal of Political Research, 7, S. 1-26.
- Pieth, Reto (1978): Schweiz, in: Raschke, Joachim (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte - Programme - Praxis. Ein Handbuch. Hamburg, S. 478-495.
- Reif, Karlheinz (1984): Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensysteme, in: Falter, Jürgen u.a. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim, Opladen, S. 142-152.
- Rhinow, René (1986): Funktionen und Probleme der politischen Parteien in der Schweiz, in: recht, 4, S. 105-119.
- Rickenbacher, Iwan (1995): Politische Kommunikation. Bern.
- Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni (1983): Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies, in: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems: Continuity and Change. London, S. 307-340.
- Sartori, Giovanni (1976): Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Vol. 1. Cambridge.
- Schneider, Boris (1994): Entstehung der Parteien, in: Staatsbürger, 6, S. 3-5.
- Sciarini, Pascal u.a. (1994): Die Kader der Schweizer Parteien. Zürich.
- Segesser, Jürg u.a. (Hrsg.) (1996): Neues Staatskundelexikon. Aarau und Zürich.
- Seiler, Daniel-Louis (1987): Enjeux et partis politiques en Suisse, in: Pouvoirs, 43, S. 115-138.
- Sigelman, Lee/Yough, Syng Nam (1978): Left-Right Polarization in National Party Systems, in: Comparative Political Studies, 11, S. 355-379.
- Smith, Gordon (1989): A System Perspective of Party System Change, in: Journal of Theoretical Politics, 3, S. 349-363.
- Suter, Christian (Hrsg.) (2000): Sozialbericht 2000. Zürich.
- Tschäni, Hans (1990): Das neue Profil der Schweiz. Konstanz und Wandel in einer alten Demokratie. Zürich.
- Vatter, Adrian (2002): Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen.
- Volkens, Andrea (2001): Manifesto Research since 1979. From Reliability to validity, in: Laver, Michael (Hrsg.): Estimating the Policy Positions of Political Actors. London/New York, S. 33-49.
- Ware, Alan (1996): Political Parties and Party Systems. New York.